

09/05

Jena, 20. Mai 2005

Empfehlungen der Frühjahrssitzungen in Jena (18.-20. Mai 2005)

Klare Zuständigkeiten, verkürzte Wege und mehr Transparenz hat der Wissenschaftsrat für die künftige Ausgestaltung von Berufungsverfahren gefordert. Bis zum Jahr 2014 wird über die Hälfte der Hochschullehrer aus ihrem Amt ausscheiden. Um diesen bevorstehenden Generationenwechsel als Chance zur gezielten Hochschulsteuerung nutzen zu können, benötigen die Hochschulen ein effizientes Instrument der Personalplanung, das zur Qualitätssicherung beiträgt und internationalen Verfahrensstandards entspricht. Künftig sollten deutsche Hochschulen auch aktiv und gezielt international umworbene Wissenschaftler rekrutieren können. Für Nachwuchswissenschaftler soll die Karriere als Hochschullehrer dadurch, dass eine größere Gewissheit über den Karriereverlauf hergestellt wird, attraktiver werden.

Mit dem 35. Rahmenplan für den Hochschulbau klafft mittlerweile eine Lücke von erstmals über einer Milliarde Euro zwischen dem vom Wissenschaftsrat für erforderlich gehaltenen Finanzvolumen für Ausbau und Sanierung der Hochschulen in Höhe von rund 2,9 Mrd. Euro und den für den Rahmenplan 2006 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 1,85 Mrd. Euro. Dieser Betrag ergibt sich aus dem niedrigen Haushaltsansatz des Bundes, der bei 925 Mio. Euro liegt und von den Ländern durch die gleiche Summe gegenfinanziert wird. Der Wissenschaftsrat appelliert daher dringend an den Bund, seinen Mittelansatz zum 36. Rahmenplan deutlich zu erhöhen.

Bestätigt wurde die Ausbauplanung (Kosten in Höhe von 82 Mio. Euro) des Landes Sachsen für den Standort Reichenhainer Straße der Technischen Universität Chemnitz. Unterstützung fand auch die Absicht des Landes Niedersachsen, den Standort Lingen als Außenstelle der Fachhochschule Osnabrück zu einem zukunftsfähigen Hochschulstandort auszubauen. Für den Verbund der Norddeutschen Länder für Hoch- und Höchstleistungsrechnen wurde die Beschaffung eines Hochleistungsrechnersystems (Gesamtkosten 30 Mio. Euro) empfohlen, das an den Standorten Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin und Regionales Rechenzentrum Niedersachsen in Hannover installiert werden soll.

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: kling-mathey@wissenschaftsrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>

Die erfolgreiche Arbeit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt, soll durch die Aufnahme der Einrichtung in die gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (sog. Blaue-Liste-Einrichtungen) weiter gestärkt werden. Trotz fachlich überwiegend guter Leistungen sah der Wissenschaftsrat die wichtigsten Grundvoraussetzungen, die von Blaue-Liste-Einrichtungen erwartet werden, beim Deutschen Geodätischen Forschungsinstitut (DGFI), München, derzeit nicht erfüllt.

Hinweis: Die entsprechenden Stellungnahmen und Empfehlungen werden im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie können aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per Email ([post@wissenschaftsrat](mailto:post@wissenschaftsrat.de)) angefordert werden.